

Sächsische Zeitung

Abend-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 216 Nr. 27

Bezugspreis: monatlich 1200.— mit Jahrsgebühren. Bestellungen nehmen überall Postämtern, Briefträger und anderen Anstalten entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentral 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5009 und 5610. — Druckerei: Leipzig 20 512.

Halle-Saale
Mittwoch, 17. Januar 1923

Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breit mm-Grundschrift 20.— A. Die Spalte 50 mm breit mm-Grundschrift 300.— A. Rabatt nach Carl. Erklärungen Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Am Kurfürst 12. 6929
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Frankreichs Methoden

Bestechungsversuch Süddeutschlands — Liebeswerben um Arbeitergunst — Drohungen mit dem Kriegsgericht — Kein Entgegenkommen auf deutscher Seite

Frankreich sucht Süddeutschland zu bestechen

Frankfurt a. M., 17. Januar.
Nach Weibung der „Frankf. Ztg.“ teilte der baltische Arbeitsminister Engler in einer Versammlung in Freiburg mit, daß Frankreich verschiedene deutsche Länder, darunter auch Baden, bessere Kohlenlieferungen in Aussicht gestellt habe. Baden habe diese einseitige Bevorzugung aber ausgemittelt, da sie den anderen Bundesstaaten zum Nachteil gereichen würde.

Gerichtliches Vorgehen gegen die Ruhrindustrie

Ein weiterer Bruch des Stillstandes.
Düsseldorf, 17. Januar.
Fris Schöller wurde gestern mittig von den Generalen Haab des Präsidentenbesuchs Düsseldorf geladen. Am Auftrag des Generals Deputats erklärte General Simon ihm und den mit ihm geladenen Herren Generaldirektor Kerken, Bergwerksrat Menge und Direktor Wäckerling, daß sie, wenn sie bei ihrer absehbaren Haltung blieben, von jetzt an unter gerichtlichem Verfahren stehen würden. Sämtliche Herren erklärten auf Befragen, daß sie bei ihrem bisherigen Standpunkt verbleiben müßten.

Paris, 17. Januar.
Die Agentur Havas berichtet, haben gestern sechs der Besatzungsmitglieder aus dem Bezirk Offen die Requisitionen erhalten. Weitere Requisitionsbefehle sollten gestern abgehen. Die Grenzbehörden würden einzeln für die Lieferungen haftbar gemacht, das heißt, es werde ihnen mit dem Besatz von dem Militärgericht gedroht.
Jacques Rainville verlangt in der Action Française, daß die Forderungen der Berliner Regierung an Frankreich durch die Forderung von Geiseln unter den Industriellen und den oberen Beamten des besetzten Gebietes beantwortet würden. Dann werde Deutschland die Lage verstehen.

Der Wortlaut des ultimativen Befehls

Der Generalleutnant Inspector Cotte, Präsident der internationalen Kontrollkommission, teilt heute der Weltmacht, die ihm durch den Befehl vom 11. Januar von dem General Deputats erteilt worden ist, Herrn M. (folgt Name und Adresse) mit morgen früh, den 17. Januar ab, alle Aufträge auf Reis und Kohle wieder aufzunehmen, welche aus Lieferungsverträgen für die Gegend bestimmt sind, und zwar darauf, daß sie in Menge und Qualität zu ausgeführt werden, wie sie während der ersten acht Tage des Monats Januar 1923 erfolgt sind.

Die Mengen sind um 20 Prozent zu verkleinern, die Erzeugung eines neuen Befehls, um die inoffiziellen eingetragenen Ausfälle zu decken. Die an die Gegend an Lieferungen Mengen sind vorzugsweise in vollem Umfang auszuführen bis zur vollen Beendigung der Arbeit für das unbestehende Befehl vorgehenden Lieferungen. Dieser Befehl erstreckt sich auf Lieferungen zu Wasser und zu Lande.

Ein französischer General betet um die Gunst deutscher Arbeiter

Offen, 16. Januar.
Nachdem gestern den Industriellen und dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf das Ultimatum, die Kohlenlieferungen an Frankreich wieder aufzunehmen, gestellt worden war, fand in Anwesenheit der Industriellen und des Regierungspräsidenten eine Besprechung mit den Arbeitnehmern durch die Besatzungsbehörde statt. Anwesend waren die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der freien Gewerkschaften und der Sächsisch-Bundesischen Gewerkschaften sowie die Unionisten.
Derouines verlas im Auftrage Deputats eine Erklärung, in deren ersten Absatz es heißt, er behaupte, feststellen zu müssen, daß die Industriellen die Lage noch zu verschleiern suchten, die durch den bösen Willen der deutschen Regierung so schwierig gestaltet sei. Bei diesen Worten ergriff sich Regierungschef Wäckerling und erklärte, daß dieser Satz eine Verleumdung der deutschen Regierung enthalte, die es ihm unmöglich mache, den Verhandlungen weiter beizutreten. Er beschloß dann mit den Vertretern das Zimmer.

Die Erklärung an die Bergbauorganisationen wurde zu Ende verlesen und jedem einzelnen Arbeitsgruppenvertreter überreicht, wobei General Simon betonte, daß die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der französischen Besatzungsbehörde bei allen Umständen zu bestehen kommen. Die Besatzungsbehörde habe stets alle Schritte zu unterstützen, die zu ihrer Befriedigung erforderlich seien, und ihnen zu entsprechen verhofft. General Simon forderte die Vertreter der Arbeiterbewegung auf, sich bei ihren Gewerkschaften in Düsseldorf zu erkundigen, ob das richtig sei. Er betonte, daß der Zustand der Freiheit der Arbeiter in Düsseldorf nicht mit dem Vergleich zu vergleichen sei mit dem, den sie vorher gehabt hätten. Die Besatzungsarmee sei niemals ein Feind der arbeitenden Bevölkerung gewesen.
Darauf wurde die Sitzung für geschlossen erklärt. Die Arbeitervertreter waren empört, daß sie lediglich zur Entnommenahme eines Schriftstückes eingeladen und hierher gekommen waren und nun Zeit und Arbeit verschwenden mußten. Einmütig erklärten sie, aus einem solchen Anlaß können sie niemals wieder nach Düsseldorf.

Nach einer Blättermeldung aus Offen verfuhr gestern eine Kommission von französischen Offizieren die Besatzungsarmee im Norden von Offen zu befestigen. Der Vertreter erklärte hierauf, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niedrigeren würden; sie wollten nicht unter Waffen arbeiten. Die französischen Offiziere verzichteten darauf die Besatzung.

Für den Umfang des bisherigen französischen Aufgebots an Truppen ist bezeichnend, daß der Kommandierende General in Verden jedoch den deutschen Behörden die bevorstehende Ankunft eines Armeekorps-Kommandos im dreifachen Umfang seines Stabes angekündigt hat und daß er die Bereitstellung der notwendigen Unterkunftsräume in Verden verlangte.
Die Reichsregierung beschloß heute auch in den letzten Tagen auch gestern in einer Kabinetsitzung mit der augenblicklichen Lage. Das „N. Z.“ schreibt, daß sich die Reichsregierung auch bei einem etwaigen weiteren Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet von ihrer bisherigen festen Haltung nicht abbringen lassen und insbesondere unter dem Druck Frankreichs und Belgiens nicht mit diesen Staaten verhandeln werde.

Berlin, 17. Januar.
In der französischen Presse wird behauptet, die für die Ernennung der Ruhrbesatzung erforderlichen Lebensmittelvorräte seien in beträchtlicher Menge vorhanden, wodurch die deutschen Arbeiter getroffen würden. Demgegenüber ist festzustellen, daß Weizengetreide und Mehlvorräte sowie Zucker auf Wochen in diesem Gebiet vorhanden sind. Die übrigen Lebensmittel sind fast mit Ausnahme der Getreidearten ungenügend, die Besatzungsarmee und die deutsche Bevölkerung haben alles getan und werden weiter alles tun, um die Ruhrbesatzung zu ernähren.
Die Wäckerling meinte, daß die Kohlenwirtschaftsstelle Berlin den Handel mit Steinkohle bis auf weiteres verbieten hat. Die Absicht von Steinkohle darf nur auf besondere Anweisung des Kohlenamtes Berlin erfolgen. Die vorhandenen Steinkohlevorräte sollen in erster Linie zur Versorgung der öffentlichen Betriebe, der städtischen Werke, der Krankenhäuser, der Volkshochschulen usw. verwendet werden.

Protest der Zeitungsverleger

Würzburg, 17. Januar.
Der Ernst der Lage veranlaßte den geschäftsführenden Ausschuss des Vereins deutscher Zeitungsverleger, die Mitglieder des Vereins zu einer außerordentlichen Hauptversammlung auf den 14. Januar nach Würzburg aufzusammeln. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat Dr. Rumbhaar-Liquig, der Entrüstung über den Rückschlag Frankreichs Ausdruck. Professor Wolff-Dresden leitete folgende Entschlüsse:
„Der Einfall der Franzosen und Belgier in das friedliche Deutschland bedeutet nicht nur den Bruch des Versailles-Vertrages, sondern die größte Verletzung des Völkerrechts und aller von den Kulturvölkern der Erde von alters her geheiligten Menschheitsrechte. Freigeiz und mit Argem Bemessen ist noch kein Verbrechen begangen worden, seit es eine Weltgeschichte gibt. Die deutsche Presse leidet mit ihren Brüdern im Rheinland und in Westfalen und wird nicht aufhören, das Gewissen der Völker wachzurufen gegen die brutale Gewalt und die Schandthaten, durch immer neue Schandthaten und brutale Verbrechen begangen werden.“
Einmütig wurde die Entschlüsselung angenommen.
Die Verhandlungen, in die der Verein dann eintrat, gaben ein erschütterndes Bild von den Notizen der Zeit und den besondern Sorgen der deutschen Presse.

„In der nächsten Stunde kommt eine Denkschrift, die der Reichsminister des Innern, Oster, auf eine Anfrage der Abgeordneten Dr. Stahl und Genossen dem Reichstag übermittelt hat, jetzt im Druck heraus. Die Darstellung bekräftigt sich auf die schwersten Fälle, von den minderwertigen Fällen konnte bei ihrer übergroßen Anzahl nur eine kleinere Zahl mitgeteilt werden. Nicht erwähnt sind die zahlreichen Fälle von Befähigungen, denen die Frauennacht ausgesetzt ist, von Arbeitsbedürfnissen, soweit sie einen glimpflichen Ausgang genommen haben, sowie die vielen Fälle, in denen Deutsche durch Fahrlässigkeit von Besatzungsangehörigen zu Tode oder zu Schäden gekommen sind.“
Die Mitteilungen beruhen ausnahmslos auf amtlichem Material, das einer wiederholten Nachprüfung unterzogen worden ist. Gleichwohl hat die Denkschrift nicht weniger denn dreihundert Fälle von Ausschreitungen zusammengestellt: 65 vorläufige Urteilungen, 65 Mißhandlungen und Ueberfälle sowie 170 Sittlichkeitsdelikte.
In vielen Ausschreitungen sind alle Kontingente beteiligt. Aber es ist, wenn man die niederdrückende und empörende Denkschrift durchliest, der lebhafteste Eindruck, den man gewinnt, daß Frankreich und Belgien bei weitem in der Zahl der Fälle wie in der Gemeinheit der Ausschreitungen vorankehren. Man muß hinzunehmen, daß in den einzelnen Fällen keineswegs immer nur ein Opfer gefallen ist, sondern daß z. B. in Frankfurt a. M. bei dessen widerrechtlicher Besetzung durch die Franzosen ein Offizier ohne ersichtlichen Grund und ohne wiederholte Aufforderung an die kulturelle Menge, sich zu entfernen, Maßlosungen geübt worden, durch das 8 Personen getötet, 21 zum Teil schwer verletzt wurden, Männer, Frauen und Kinder (ganz wie in Potsdam).
Und typisch ist, was diesem Falle hinzugefügt wird: „Aber das Ergebnis des französischen Ermittlungsverfahrens können Angaben nicht gemacht werden.“ So heißt es fast immer: „Aber eine Bestrafung des Täters ist nichts bekannt geworden.“ Oder: „Das belgische Kriegsgericht ist der Darstellung des Täters gefolgt und hat ihn freigesprochen.“ Oder: „Die Witwe des Ermordeten hat nach langen Verhandlungen eine Entschädigung von 3100 Franken erhalten.“
Am widrigsten und gemeinsten zugleich sind die Fälle, in denen farbige Franzosen sich der Kultur ihres neuen Vaterlandes würdig gezeigt haben. So ein Fall vom 18. April 1922 in den Siegburger Waldungen, wo sich vier farbige Soldaten an einen Trupp junger Leute vielerlei Geschlechts heranmachten, diese floßen und eine davon, eine Sechzehnjährige, hinfiel, so von den Farbigen eingeholt werden konnte, in ein Gebüsch geschleift und dort von ihnen der Reihe nach vergewaltigt wurde. Von den Tätern hat das Rächen später drei mit Bestimmtheit wiedererkannt, der Vorfall wird von neun Zeugnissen übereinstimmend bezeugt, die tatsächliche Unterdrückung am Tage nach der Tat hat die Angaben des Mädchens vollumfänglich bestätigt. Und nun:
„Eine Sühne der Tat ist trotzdem nicht erfolgt. Auf die Vorstellungen der deutschen Regierung ist von französischer Seite geantwortet worden, die Anzeige sei zu den Akten gelegt worden, weil sie von minderer Bedeutung sei; auch sei inzwischen zwei Zeit verstrichen, um eine erneute Unterdrückung anzustellen, die gewiß erfolglos sein würde.“
So geht es Fall um Fall, Seite um Seite in ermüdender Eintönigkeit, ein Schmachtdokument hinter dem anderen. Ein zugleich niederdrückendes und empörendes Material. Wir möchten hoffen, daß es von der Reichsregierung endlich angemessen verwertet werden wird. Die Franzosen haben die Welt mit Misgeburten der Schandthaten ihrer Soldaten angefüllt, und es hat deutsche Bedientenmengen gegeben, die ihnen darin beizugehen sind. Sie hat man am liebsten, wiederholt nachgeprüftes Material. Wir können uns keine wirksamere Waffe in unserem Kampfe für die Befreiung des Rheinlandes denken als eine kurze Zusammenfassung der französischen und der belgischen Schandthaten, die im Auslande, vor allem dem Englischen und Spanisch sprechenden, zu verbreiten wäre. Die Tatsachen führen eine laubare Sprache, man muß sie nur um den Erdball kaffen lassen.

Dollar: 18 200 nach 16 930

In der Macht der Soldateska.

Die Ausschreitungen der Besatzungstruppen im Rheinland.

Die Ausschreitungen der Besatzungstruppen im Rheinland. In der nächsten Stunde kommt eine Denkschrift, die der Reichsminister des Innern, Oster, auf eine Anfrage der Abgeordneten Dr. Stahl und Genossen dem Reichstag übermittelt hat, jetzt im Druck heraus. Die Darstellung bekräftigt sich auf die schwersten Fälle, von den minderwertigen Fällen konnte bei ihrer übergroßen Anzahl nur eine kleinere Zahl mitgeteilt werden. Nicht erwähnt sind die zahlreichen Fälle von Befähigungen, denen die Frauennacht ausgesetzt ist, von Arbeitsbedürfnissen, soweit sie einen glimpflichen Ausgang genommen haben, sowie die vielen Fälle, in denen Deutsche durch Fahrlässigkeit von Besatzungsangehörigen zu Tode oder zu Schäden gekommen sind.

Die Mitteilungen beruhen ausnahmslos auf amtlichem Material, das einer wiederholten Nachprüfung unterzogen worden ist. Gleichwohl hat die Denkschrift nicht weniger denn dreihundert Fälle von Ausschreitungen zusammengestellt: 65 vorläufige Urteilungen, 65 Mißhandlungen und Ueberfälle sowie 170 Sittlichkeitsdelikte.

In vielen Ausschreitungen sind alle Kontingente beteiligt. Aber es ist, wenn man die niederdrückende und empörende Denkschrift durchliest, der lebhafteste Eindruck, den man gewinnt, daß Frankreich und Belgien bei weitem in der Zahl der Fälle wie in der Gemeinheit der Ausschreitungen vorankehren. Man muß hinzunehmen, daß in den einzelnen Fällen keineswegs immer nur ein Opfer gefallen ist, sondern daß z. B. in Frankfurt a. M. bei dessen widerrechtlicher Besetzung durch die Franzosen ein Offizier ohne ersichtlichen Grund und ohne wiederholte Aufforderung an die kulturelle Menge, sich zu entfernen, Maßlosungen geübt worden, durch das 8 Personen getötet, 21 zum Teil schwer verletzt wurden, Männer, Frauen und Kinder (ganz wie in Potsdam).

Und typisch ist, was diesem Falle hinzugefügt wird: „Aber das Ergebnis des französischen Ermittlungsverfahrens können Angaben nicht gemacht werden.“ So heißt es fast immer: „Aber eine Bestrafung des Täters ist nichts bekannt geworden.“ Oder: „Das belgische Kriegsgericht ist der Darstellung des Täters gefolgt und hat ihn freigesprochen.“ Oder: „Die Witwe des Ermordeten hat nach langen Verhandlungen eine Entschädigung von 3100 Franken erhalten.“

Am widrigsten und gemeinsten zugleich sind die Fälle, in denen farbige Franzosen sich der Kultur ihres neuen Vaterlandes würdig gezeigt haben. So ein Fall vom 18. April 1922 in den Siegburger Waldungen, wo sich vier farbige Soldaten an einen Trupp junger Leute vielerlei Geschlechts heranmachten, diese floßen und eine davon, eine Sechzehnjährige, hinfiel, so von den Farbigen eingeholt werden konnte, in ein Gebüsch geschleift und dort von ihnen der Reihe nach vergewaltigt wurde. Von den Tätern hat das Rächen später drei mit Bestimmtheit wiedererkannt, der Vorfall wird von neun Zeugnissen übereinstimmend bezeugt, die tatsächliche Unterdrückung am Tage nach der Tat hat die Angaben des Mädchens vollumfänglich bestätigt. Und nun:

„Eine Sühne der Tat ist trotzdem nicht erfolgt. Auf die Vorstellungen der deutschen Regierung ist von französischer Seite geantwortet worden, die Anzeige sei zu den Akten gelegt worden, weil sie von minderer Bedeutung sei; auch sei inzwischen zwei Zeit verstrichen, um eine erneute Unterdrückung anzustellen, die gewiß erfolglos sein würde.“
So geht es Fall um Fall, Seite um Seite in ermüdender Eintönigkeit, ein Schmachtdokument hinter dem anderen. Ein zugleich niederdrückendes und empörendes Material. Wir möchten hoffen, daß es von der Reichsregierung endlich angemessen verwertet werden wird. Die Franzosen haben die Welt mit Misgeburten der Schandthaten ihrer Soldaten angefüllt, und es hat deutsche Bedientenmengen gegeben, die ihnen darin beizugehen sind. Sie hat man am liebsten, wiederholt nachgeprüftes Material. Wir können uns keine wirksamere Waffe in unserem Kampfe für die Befreiung des Rheinlandes denken als eine kurze Zusammenfassung der französischen und der belgischen Schandthaten, die im Auslande, vor allem dem Englischen und Spanisch sprechenden, zu verbreiten wäre. Die Tatsachen führen eine laubare Sprache, man muß sie nur um den Erdball kaffen lassen.

Wiederaufstellung der bayerischen Einwohnerwehr?

München, 16. Januar.
Die bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zu der Meldung des „Regenburger Anzeigers“, bezüglich der Wiederaufstellung der bayerischen Einwohnerwehr:

Die Mitteilung entspricht durchaus den Tatsachen. Auch in beweglichen Streifen der bayerischen Volkspartei-Gebiete ist sympatisch gegenüber. Es kann sich unter den heutigen Verhältnissen, vor allem nach der Durchführung der Entwaffnung Deutschlands natürlich nicht darum handeln, die Einwohnerwehr in ihrer alten Form, vor allem, was die Bewaffnung anbelangt, wieder aufleben zu lassen.

Der gute Gedanke der ehemaligen Einwohnerwehren, die nationalen Kräfte zu einer Not- und Notwehrgemeinschaft der Bevölkerung zusammenzuschließen, ließe sich auch heute noch durchführen.

Die Einwände, daß dadurch die außenpolitische Lage des Reiches noch mehr erschwert erweise, sei nicht haltbar. Es handele sich ausschließlich darum, daß das deutsche Land auf Grund von Verhältnissen für die innerpolitischen Folgen der Gewalttätigkeit der Franzosen Maßnahmen zur Sicherung der Ruhe und Ordnung treffe. Auch, wenn man den Verfall des Reiches als bedrohlich ansehe, könne man aus dem Verfall des Reiches nicht den Schluß ziehen, daß es wegen der Welt des Reiches verfallt.

Die Gründe, die feinerzeit auch England berufen könnten, die Aufstellung der Einwohnerwehren zu fordern, lägen auf militärischem Gebiet. Nachdem nach dem Verfall Englands die Entwaffnung in Deutschland durchgeführt ist, könnten von englischer Seite gegen einen legalen Selbstschutz, dem auch die Spur einer militärischen Wirksamkeit fehlt, Maßnahmen berechtigt Weise nicht ergriffen werden.

(Wichtiglich.) Wie wir von maßgebender Stelle des Reiches, die über der entsprechenden Stellungnahme der Reichsregierung nicht bezweifeln will, erfahren hat, sich die Stellungnahme der Reichsregierung zur Einwohnerwehrfrage in der letzten Zeit nicht geändert. Man ist aber nach der Meinung, daß es sich bei dieser Frage nicht um Frankreich handle, sondern auch um England, und daß es notwendig, in diesem Zeitpunkt neue Streitfragen anzuhängen. Damit werden nur den Franzosen für ihre Agitation Waffen in die Hand gespielt werden.

Ein Eingreifen Englands?

London, 17. Januar.

In amtlichen Kreisen ist man den Mächten zufolge überzeugt, daß der Vorwurf der Franzosen zur Reichsstrafe führt. Am englischen Konsulat gewinnt die Ansicht ständig an Boden, daß eine energische Aktion Englands nicht mehr lange aufgeschoben werden könne.

„Westminster Gazette“ zufolge warnt die Regierung die Ereignisse und die Entwicklung im Ruhrgebiet weiterhin ob mit einiger Besorgnis bezüglich der Lage, aber in feinerlei Absicht, zu intervenieren. Man sei nicht der Ansicht, daß die französische Besetzung doch das Ende der Ruhr bedeute. Nichts hätte die Franzosen davon abhalten, nach Berlin zu marschieren.

Die Cölntener Arbeiterchaft beantragte eine Protestkundgebung gegen die französische Besetzungspolitik. In einer Eingabe wird gefordert, wenn das deutsche Volk nicht mehr werden, werde es bei seinem Sturz die ganze Welt mitreißen.

Schändung der deutschen Farben

Wie aus Bonn berichtet wird, ist in dem Bundesrat, zur englischen Besetzungsgemeinschaften kleinen Orte Kaiserlichen, wie Zugeneigenen berichten, ein französischer Soldat, der einer zur Lieberzeugung der Militärtransporte dort liegenden Abteilung angehöre, die auf dem Bahnhof anlässlich des Trauertages am letzten Sonntag auf halbwegs geführte deutsche Fahnen herunter. Auf energigen Einspruch des leitenden deutschen Beamten kam es zu dem Inhalt von dem Soldaten wieder herausgegeben und not-

dürftig an der Stange befestigt. Kurz darauf erschien eine englische Abteilung, bestehend aus einem Offizier und drei Soldaten, und brachte die Fahne in Ordnung, bis sie auch wieder auf Halbmast.

Praktischer Protest

Angeichts des Vorgehens der französischen und der belgischen Regierung hat der Vorstand des Landesverbandes der Fein- und Kleinfabrikanten des Reiches den Bescheid über die deutschen Nahrungsmitteleinzelhandels G. V. seinen Mitgliedern aufs dringendste empfohlen, feinerzeit Geschäft mehr mit französischen und belgischen Firmen direkt oder indirekt zu machen und feinerzeit Waren mehr mit französischer oder belgischer Fabrikation zu kaufen, sondern mit feinerzeit Waren mehr zu handeln, die in französischen oder belgischen Häfen liegen oder nach deutschen unterwegs oder dort ausgeladen sind.

Nach der „Frankfurter Zeitung“ ist die halbfrühe Arbeitsruhe in Westfalen und die Besetzung der Metallfabriken verboten worden. Ebenso sind die Arbeitervereinsammlungen gescheitert, weil der Kommandant den Versammlungssprekern die Besetzung des Reichsalliierten verboten hatte.

Dem eigenen Volk in den Rücken gefallen

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Sozialdemokratische Partei bei der Besetzung des Ruhrgebietes dazu benutzt haben, in einen wilden Streit einzutreten. Wenn als Folge des französischen Einmarsches die deutsche Bevölkerung freier sein muß und die Industrie infolge Mangels an Einfuhrmaterialien in die Lage versetzt wird, ihren Betrieb wieder aufzunehmen, dann kann jede Partei, die hier im unbelagerten Gebiet gefordert wird, einer Anzahl Arbeitervereine das Weiterleben ermöglichen. Der wilde Streit der Sozialdemokratischen Partei wird nach dem Ausbruch der Ruhrkämpfe für tausende Arbeiterfamilien die Quelle von Not und Sorgen sein. Aber vielleicht wollen das die kommunistischen Führer gerade, um das „Gnug“ vorzubereiten, das allein ihnen die sozialistische Macht in die Hände spielen kann. Deshalb muß Anglist über tausende von Familien gebracht werden, deshalb erzieht man sich in dem französischen Groberwerbungs-faktivismus.

Deutsche protestiert!

Memel, 17. Januar.

Oberkommandant Peissner hat heute folgenden Aufruf erlassen: „Belagerte Memel! Die belagerten Deutschen der alliierten Mächte erhebe ich nochmals feierlich Protest gegen den blutigen Angriff, der gegen das Völkergesetz verstoßen ist. Ich erkläre ausdrücklich, daß die alliierten Mächte auch weiterhin beabsichtigen, ihre Autorität über das Gebiet auszuüben.“ Die Situationsverhältnisse hier den Verlagerungen aus. Ein englischer Kreuzer liegt im Hinterhofen, der französische Kreuzer „Voltaire“ geht heute nach Memel ab.

Um die alten Reichsfarben

Zur Verwirklichung eines Volkswirtschaftlichen über die Wiederherstellung der alten Reichsfarben „Schwarz-weiß-rot“ wurde bekanntlich am 18. Januar 1922 in Wien ein Reichsbund gegründet, der sich zum Zweck hat, die Wiederherstellung der alten Reichsfarben — wie vertriebsfähigen in lichteinstimmigen Wählern beauptet lediglich auf die Stimmenauszählung im ganzen Reich zur Erreichung des Zweckes ermahnen Ziel zu sein. Die Arbeit der Organisation ist durch die Wiederherstellung gewährleistet, ein von einer Zeit erregenen Verfall des Bundes in Sachsen wurde durch ministerielle Verfügung restlos wieder aufgehoben. In allen Teilen des deutschen Reiches wird seit der Gründung des Reichsbundes mit großem Erfolg gearbeitet. Die Zahl der Mitglieder des Reichsbundes ist stetig wachsend. In der eingehenden Stimmen wird täglich. Immerhin ist noch gewöhnliche Arbeit zu leisten, um die zur Erreichung eines Volkswirtschaftlichen notwendigen Stimmen zu erhalten. An alle Angehörigen der alten Reichsfarben ergeht daher die Bitte, sich dem Bund anzuschließen und für die gute Sache zu wirken. Interessenten erhalten Werbematerial und alle weiteren Informationen durch die Hauptgeschäftsstelle in Wien auf Wunsch kostenlos überfordert.

Unruh erhält den Grillparzerpreis. Wie aus Wien gemeldet wird, wurde der Grillparzerpreis für Unruh für sein Drama „Ein Gefährlich“ verliehen. Über dem Namen des jungen Dichters schwebt die Frage der Vorbereitung des Grillparzerpreises, den ihm die Regierung zuerkannt hat, gesprochen haben. Dem ungetriebenen Bögen des preussischen Kultusministeriums in der Ausstellung des Preises kommen nun die Oesterreicher mit ihrer wertvollen literarischen Angelegenheit vor, die Unruh zu Dichtern wie Angenbruder, Hauptmann, Schiller etc.

Bermann Sudermanns jüngstes Drama „Die Tränmen“, das das heimische Vaterland behandelt und sich als Zeitbild eng an das Dichters vaterländische Dramenrecht. Das deutsche Schicksal“ ansetzt, ist schon in der Verlage der J. G. Cotta'schen Buchhandlung nach Stuttgart, Berlin, als Buch (100 Mk.) erschienen. Wie schon dem Titel anlässlich einer Aufführung in Königsberg Anfang November v. J. eine nähere Würdigung zuteil werden.

Drach's Telegraphie und Nachrichten. Die drach'sche Telegraphie ist in den letzten Jahren ein immer wissenschaftlicher Fortschritt bei der internationalen Nachrichtenübermittlung. Ihre Einordnung in den Rahmen der schon bestehenden Nachrichtenmittel ist eine Aufgabe, deren Lösung von allergrößter Bedeutung für die gesamte Weltwirtschaft ist. Die vor kurzem eröffnete Betriebszentrale der drach'schen Telephon- und Telegraphen-Gesellschaft hat die Betriebsführung bedeutet ein enges Zusammenarbeiten zwischen einem Fernunternehmen und der Reichspost und technisch und organisatorisch einen neuen Abschnitt in der Ferntelegraphie. Die Berliner Betriebszentrale ist in unmittelbarer Verbindung mit dem Reichspostamt und mit der nordamerikanischen Gesellschaft. Die Sendeprozessoren in Neuen und die Empfangsanlagen in Gellow sind durch eine Zentralstelle beim Haupttelephonamt im Platz 24 in Berlin vereinigt. In dieser Stelle liegt die Leitung des Sendeprozesses und dem Reichspostamt in Gellow gleichzeitig Nachrichten aus aufgenommen werden. Von hier, also vom Reichspostamt, geht der Verkehr nach Rom, Spanien, Rumänien aus.

Samstag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonntag
7 1/2 Uhr im WZ						

Aus aller Welt für Sammler

Der Höhepunkt für den Poststempel ist vorüber. So mander hat sich in den oft recht geschmackvoll ausgeführten Gedenkpostkarten eine Erinnerung an Deutschlands spätere Zeit ausgeliefert, deren bereits Sprüche nach Sachverhalten nach jedem verstanden werden wird. Sie wurden zunächst geschaffen, weil allgemein eine Kleinigkeit bestand. Allmählich gingen Kreise und Städte zum Druck von Notgeld über, wenn ihnen das nötige Kleinbild fehlte und wenn sie auch kein Geld mehr zur Verfügung hatten. Und oft war die Bedingung richtig. Viele Kommunen haben für Währungsersatz an Notgeld ausgegeben, ohne auch nur die Möglichkeit zu haben, sie wieder einzulösen. Die Sammler nahmen alles an und bezahlten nicht selten die Scheine sogar mit einem erheblichen Aufschlag.

Jetzt hat die Deutschnationale Volkspartei den Gedanken, der sich in der Sammlung von Notgeldwertpapieren aufgefunden und einem großen, nationalen Ziel dienlich gemacht. Es ist zweifellos Notgeld in unserem Vaterland und es zu feiern befreit alle Vaterlandsliebe erheblicher Mittel. Für diesen Zweck bereitete die Partei ein zweifaches auch ein Notgeld in der Wertes tieferen Bedeutung. Die Partei hat, beginnend mit dem Reichsgründungstage, dem 18. Jan., eine Diermodem ganz anders organisiert. In dieser Diermodem sollen überall künstlerisch ausgestaltete Quittungen in Form von Opferdarstellungen abgedruckt werden. Die ersten gemagete deutsche Kulturstätten im Jahre gehen. Es sollen sich den Geldbesitzern zu 20, 50, 100, 500, 1000 und 10000 Mark an, und sind durch alle Ortsgruppen und Kreisvereine oder direkt durch die Hauptgeschäftsstelle der Partei, Berlin SW 11, Bernauerstraße 24, zu beziehen. Bestellungen kann zweifach auf Zahlkartenkonto (Kontokonto) unter Nr. 60488 erfolgen.

Wir sind überzeugt, daß diese Ausgaben, die nur in sehr beschränkter Auflage hergestellt sind, viele Liebhaber finden werden, die mit dem Gernst einen Baustein zur Wiedererrichtung eines starken Deutschlands beitragen.

Unsererlei Veranlassung. Wie die Korrespondenz berichtet, hat sich der frühere bayerische Militärminister Graf v. Helldorf am 17. Februar nach Rom abgereist. Er soll in einem Brief an den Reichspräsidenten, dessen Vorkämpfer Konrad Gemmler ist, in einer Reihe von Stellen Vorträge über die Lage Deutschlands zu halten.

Ein rheinischer Sonderführer verhaftet. Bei einem Versuch auf seinem im unbelagerten Gebiete liegenden Schloß im Regierungsbezirk Düsseldorf wurde der führende Offizier Smets Graf v. Smetten verhaftet.

Ein Meistler. Berlin, 16. Januar. In Osnabrück war mit feinerzeitlicher Verhaftung des Statistikers die Entfernung des Kriegereinsatzes vom Rathaus mit dem Stadtbildern Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich III. befehlen worden. Auf eine diebstahlartige Art an das Statistikeramt bei der Polizei in Osnabrück der Regierungspresidenten in Düsseldorf angewiesen, die zur Entfernung des Denkmals erforderliche Genehmigung zu verlangen.

Ein — erst — recht. Die „Deutsche Post“ in Sao Paulo (Brasilien) veröffentlicht in ihrer Nummer vom 12. November folgende Zugstrophe zum Deutschland:

Deutschland, Deutschland über alles,
Und im Unglück nicht erst recht!
Aus im Unglück kann die Liebe
Reigen, ob sie hart und eck!
Und so soll es weitergehen!
Von Geschlechte zu Geschlechte:
Deutschland, Deutschland über alles,
Und im Unglück nicht erst recht!

Stellung der Wäsenden Streitigkeiten. Trotz der immer sicheren Zersplitterung ist der Polstreit bei der Wäsenden fähigen Einzelheiten stetig geworden. So daß ein neuerlicher Marktzug die Stilllegung der Einzelheiten im Gefolge haben muß, was von großem Nachteil für eine bedeutende Anzahl von Einwohnern sein wird. Der Statistiker beabsichtigt daher, wie die „Wäsenden Post“ berichtet, sich an das Reich zu wenden, das die Streitigkeiten zu beenden soll.

Ein schiffenreicher Kreuzer gesunken. Aus Konstantinopel meldet „Chicago Tribune“. Der russische Kreuzer „Zerkow“ wurde im Schwarzen Meer an einen Felsen getrieben und sank infolge Materialschaden.

Ein deutsches Flugzeug des 18. Jahrhunderts

Privatdozent Dr. Friedrich Schneider in Jena, der mit der Durchführung des Museums für Luftfahrt beauftragt ist, macht in einem Privatdruck über einige hervorragende Beispiele in der Luftfahrt, die von dem Reichspostamt in Jena im Jahre 1800 veröffentlicht wurden, ein Dokument an die Lage des 18. Jahrhunderts. Es handelt sich um ein alt Wäsenden aufstehendes, mit teilschönen Zeichnungen versehenes Schriftstück, in dem ein Wäsender Bauer, geboren in Reinhild, ein Dorf bei Altenburg, kurz nach 1783 sich an die Könige von England und Preußen und weit entfernt, an den teilschönen Grafen wandte, um Unterstützung zum Bau eines motorischen Flugapparates zu finden. Aus dem Schreiben Bauers an den Grafen geht hervor, daß der Erfinder bei seinen bisherigen Versuchen, die Unterstützung der Könige von England und Preußen zu finden, nur wenig erhalten wurde.

Daß aber Bauer ein Genieblitz in der Geschichte des Flugapparates gälte, zeigt die Gedanken des Grafen für die Aufklärung an der teilschönen Hochschule „Carl-Ludwigs-Universität“, Prof. Dr. H. v. C. von Raschew, dem die Denkschrift, die zur Prüfung vorgelegt worden war, Raschew außer sich war. Die Denkschrift des Herrn Wäsender Bauer enthält fälschliche Behauptungen, die dem modernen Propädeutik liegen. Sie nennt eingehende Gedankens und ein eckentlich richtiges Gefühl für die aerodynamischen Verhältnisse. Die vorgeschlagenen Versuche sind später ganz so, wie sie hier beschrieben werden, von Röntgen ausgeführt worden. Das Bauer der Meinung war, die menschliche Kraft würde für den Betrieb des Apparates ausreichen, so ist zu sehen, daß die menschliche Kraft dementsprechend seiner Zeit (1783) ungenügend. Die Form der Schrift und der darin zum Ausdruck gelangende Geist der Zeit geben der Sache einen eigentümlichen Reiz, und ich glaube, daß eine möglichst unverfälschte Veröffentlichung mit der originalen Handschrift und dem Original in Form nicht bloß teilschönen Interesse erwecken würde. So würde dem genialen Mann auch eine hohe Anerkennung zuteil.

Eine von fastüberall teilschönen Seite zu unternehmende Veröffentlichung wird nun hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Dr. L. St.

Die Stammtafeln-Anhänger des Statistikers, die die jetzt fünfte dritte Rate noch nicht bezogen haben, werden wohl als baldige Einführung an der Postkasse (10 bis 2 Uhr mittags) erfuhr.

